Rede zur Einbringung des Haushalts 2026 am 11. November 2025

von Sebastian Bubenzer (BGM)
ca. 30 bis 35 min

Lieber Vorsitzender der Gemeindevertretung, Harald Finger,

liebe Mitglieder der gemeindlichen Gremien,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Folie 1 – Deckblatt

wenn sich ein Jahr zu Ende neigt, steht man als Gemeinde ein wenig zwischen den Stühlen. Auf der einen Seite wurde das laufende Haushaltsjahr noch nicht abgeschlossen, auf der anderen geht es schon heute darum, für das kommenden Jahr **belastbare Zahlen** aufzustellen, die die bevorstehende Realität möglichst gut abbilden.

Glücklicherweise ist uns das in der Vergangenheit meist gut gelungen und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir auch in diesem Jahr dank der intensiven Vorarbeit unserer Finanzverwaltung gut gerüstet in die Haushaltsberatungen gehen können.

Folie 2 – Gesamtwirtschaftlicher Kontext

Bevor wir gemeinsam in die Details jener Zahlen einsteigen, die ich Ihnen für die kommenden Tage und Wochen zur Lektüre mit nach Hause gebe: Lassen Sie mich kurz auf den

gesamtwirtschaftlichen Kontext und die globale Situation eingehen, in deren Umfeld der Haushaltsentwurf entstanden ist. Denn es scheint heute schon klar, dass viele **Leitplanken der Konjunktur und des Weltgeschehens** uns mindestens das komplette nächste Jahr begleiten werden – wenn nicht weit darüber hinaus.

Es ist es leider nun einmal nicht so, dass sich unser Etat 2026 im luftleeren Raum bewegt. Im Gegenteil: **Die kommunale Finanzlage ist immer auch ein Spiegel größerer Zusammenhänge** – und diese sind derzeit alles andere als einfach.

Deutschland steckt, das kann man durchaus so sagen, in einer Phase wirtschaftlicher Schwäche. Nach Jahren vergleichsweise stabilen Wachstums erleben wir aktuell eine Vielzahl an Faktoren, die das Fundament unseres Wohlstands auf die Probe stellen.

Für das laufende Jahr wird **ein reales Wirtschaftswachstum von lediglich 0,2 Prozent** erwartet. Immerhin: Es ist eine leichte Aufwärtskorrektur gegenüber der Frühjahrsprojektion. Für 2026 erwartet das Hessische Ministerium der Finanzen nach der Oktober-Steuerschätzung zwar ein **Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,3 Prozent**. Doch ob diese Zahlen Realität werden, weiß man – naturgegeben – leider erst, wenn daran nichts mehr zu ändern ist.

Die Wachstumsraten sind also gering, die Investitionstätigkeit vieler Unternehmen ist eher zurückhaltend und die Inflation

liegt – trotz zuletzt leichter Entspannung – weiterhin über dem langjährigen Zielwert.

Diese **makroökonomische Lage** wirkt sich in vielerlei Hinsicht auch auf kommunale Haushalte aus. Nicht zuletzt im Bereich der Gewerbesteuer müssen wir genau hinschauen, wie sich die Lage für unsere ortsansässigen Unternehmen entwickelt.

Gleichzeitig bleiben viele globale Unsicherheiten. Sie bekommen es fast täglich in den Nachrichten gespiegelt. Da ist nicht nur der leider immer noch andauernde Krieg in der Ukraine. Auch die Zollpolitik der USA inklusive damit verbundener Handelskonflikte, das hohe Niveau von Energiekosten oder auch die grundsätzliche Unsicherheit bei der deutschen Wettbewerbsfähigkeit in wichtigen Industriebranchen sind Herausforderungen, mit denen wir umgehen müssen.

Hinzu kommen **strukturelle Herausforderungen**, die wir ganz direkt spüren – beispielsweise den **Fachkräftemangel**, der dazu führt, dass sich die Wiederbesetzung von Stellen – auch im Rathaus – in einigen Fällen als durchaus herausfordernd gestaltet.

Gleichzeitig besteht nach wie vor ein hoher Druck, zahlreiche Aufgaben zu übernehmen, deren Spielregeln auf höheren Ebenen gemacht werden: sei es bei der Integration, der Daseinsvorsorge oder der Digitalisierung.

Die Kommunen jedoch sind der Ort, an dem Politik konkret wird – dort, wo Entscheidungen tatsächlich spürbar werden.

Doch während die Aufgaben wachsen, bleiben die finanziellen Mittel oft begrenzt oder werden **über Umlagen und gesetzliche Verpflichtungen gebunden**.

Diese Gemengelage führt dazu, dass viele Kommunen zunehmend zwischen Pflicht und Kür abwägen müssen. Zwischen dem, was wünschenswert wäre, und dem, was machbar ist.

Doch lassen Sie es mich vorweg nehmen: Ich möchte hier **keinesfalls ein Lied der Lethargie** singen. Mir geht es darum, deutlich zu betonen: Ein handlungsfähiger Staat beginnt auf kommunaler Ebene.

Ohne solide Finanzen in den Städten und Gemeinden verliert auch das große Ganze seine Stabilität. Insofern stehen wir **gemeinsam in der Verantwortung** – und ich denke, für die meisten hier im Raum sprechen zu können: Diese Verantwortung müssen und wollen wir annehmen. Dafür wurden wir gewählt.

Folie 3 – „Rückblick“ auf die jüngere Entwicklung

Und es gibt durchaus positive Nachrichten, die Hoffnung machen, dass es auf der Basis von verantwortungsbewusstem Handeln auch in den kommenden Jahren möglich sein wird, **das Leben in Alsbach-Hähnlein attraktiv zu gestalten**.

Und so möchte ich den Übergang in die Zahlen für 2026 nun auch mit einer sehr positiven Nachricht beginnen. Denn wie wir inzwischen wissen, hat nicht nur das Haushaltsjahr 2024 besser abgeschlossen als geplant. Auch für 2025 erwarten wir ein besseres Ergebnis als es vorher zu prognostizieren war.

Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass ein Gewerbesteuerzahler aus Alsbach-Hähnlein eine größere Nachzahlung an uns leisten musste.

Zur Wahrheit gehört aber auch: **Die bekannt hohe Schwankungsanfälligkeit bei der Gewerbesteuer bleibt**. Es ist immer ein gewisses „Auf und Ab“, das man bei einzelnen Gewerbesteuerzahlern erwarten darf – und wir haben erneut relativ konservativ in dieser Einnahmenposition geplant: in der Logik eines „**vorsichtigen Kaufmanns**", um nicht im Nachgang in finanziell schwierigeres Fahrwasser zu geraten.

Folie 4 – Allgemeine Informationen zum Haushalt 2026

Wie immer kann solch eine Rede zur Einbringung des Haushalts und die dazu gehörende Präsentation nur **die wichtigsten Rahmenbedingungen** aufgreifen – und so möchte ich vorab auf einige allgemeine Informationen zu sprechen kommen.

Wie Sie gleich sehen werden, planen wir 2026 mit einem **defizitären Ergebnishaushalt in Höhe von knapp unter zwei Millionen Euro**. Von dieser Summe gehen etwa sieben Achtel auf Abschreibungen zurück, so dass wir – genauer betrachtet

– „nur“ etwa 300.000 Euro „Cash“ von unserem Sparbuch nehmen müssen

Und so gilt der Etat-Entwurf haushaltsrechtlich auch als ausgeglichen, da noch **ausreichend Mittel in der Ergebnisrücklage** vorhanden sind. Diese Ausgangsbedingung ist zwar zunehmend endlich, doch sie entlastet uns für 2026 noch einmal ganz erheblich. Auch, weil sie mit sich bringt, dass wir zum aktuellen Zeitpunkt **kein Haushaltssicherungskonzept** aufstellen müssen.

Grundsätzlich hilft es, dass in den kommenden Jahren die Zahl größerer Investitionen deutlich zurückgehen wird. Auch weil wir uns in den vergangenen Jahren intensiv um den **Abbau von Sanierungsstau** beziehungsweise wichtige Investitionen gekümmert haben, die unseren Ort lebens- und liebenswert machen.

Das führt dazu, dass wir in den nächsten Jahren keine zusätzlichen Kreditaufnahmen erwarten, damit gleichzeitig eine geringere Zinsbelastung und am Ende eine sinkende Pro-Kopf-Verschuldung. Die Gesamtentwicklung ist dabei durchaus positiver als noch vor einem Jahr, da wir Kredite zum Teil gar nicht aufnehmen mussten – und so das Niveau der zurückgehenden Pro-Kopf-Verschuldung sogar von einem niedrigen Ausgangslevel startet.

Betrachtet man sich allein die Höhe der Investitionskredite, so wird sie 2026 in unserer Planung bei 0 Euro liegen. Neue externe Finanzspritzen werden also nicht benötigt, während wir Kreditermächtigungen in Höhe von 4,4 Millionen Euro von 2025 auf 2026 übertragen.

Dies ist insbesondere darin begründet, dass der geplante Neubau der Kita „Regenbogen“ haushalterisch größtenteils erst 2026 zahlungswirksam wird, wenn nach und nach die mit dem Projekt verbundenen Rechnungen von uns beglichen werden müssen.

Und mit der Fertigstellung des Kita-Neubaus liegen dann auch die Zeiten längerer Wartezeit auf einen Kita- beziehungsweise Krippenplatz hinter uns. Selbst bei Zuzügen in unsere Gemeinde werden wir dann kurzfristig Betreuungsplätze anbieten können – inklusive Mittagessen.

Da in der Regel Ausgaben den Einnahmen vorweg rennen, planen wir für 2026 allerdings mit **kurzfristigen Liquiditätskrediten**, um beispielsweise mögliche Schwankungen bei der Gewerbesteuer direkt abzufangen.

Vergleicht man diese Kredite, die in der Regel binnen kurzer Zeit zurückgezahlt werden, mit einer privaten Situation, entsprechen sie einem Dispo-Kredit. Wenn man also kurzfristig gezwungen ist, **Ausgaben-Spitzen** abzufangen, indem man sein Konto überzieht. Sicher erst einmal keine schöne Situation, aber im Gegensatz zu langfristigen Kreditaufnahmen auch keine strukturelle Belastung des Geldbeutels.

Ich möchte die Notwendigkeit an Liquiditätskrediten – auch in dieser Höhe – an ein oder zwei Beispielen verdeutlichen. So können unsere wesentlichen Einnahmen gerade einmal an acht Terminen im Jahr gebucht werden. Gewerbesteuer und Grundsteuer-Beiträge erhalten wir am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November, die Anteile an der

Einkommenssteuer werden Ende April, Ende Juli, Ende Oktober und Ende Dezember gebucht.

Gleichzeitig laufen die Belastungen kontinuierlich, viele Positionen wiederkehrend jeden Monat – seien es Personalaufwendungen, die Kreis- und Schulumlagen, die Umlagen an Verbände oder auch die Betriebskostenzuschüsse für unsere Kitas.

Dazwischen entstehen gewissermaßen „Durststrecken“, die wir dann abfangen müssen, bevor sich die Situation mit dem nächsten größeren Zahlungseingang wieder entspannt.

Folie 5 – Eckdaten des Haushaltsplanes 2026

Steigt man tiefer in die konkreten Zahlen ein, so planen wir 2026 mit einem **Haushaltsvolumen von etwa 26,7 Millionen Euro**. Dabei liegt das Defizit des Ordentlichen Ergebnisses – wie bereits erwähnt – bei knapp unter zwei Millionen Euro.

Natürlich wäre es wünschenswert, wenn diese Zahl noch niedriger ausfallen würde, aber den Vergleich mit dem Haushaltsplan 2025 müssen wir nicht scheuen. Noch vor wenigen Monaten hatten wir für das laufende Jahr ein Defizit im Ergebnishaushalt von 3,25 Millionen Euro stehen.

Gleichzeitig planen wir 2026 mit **neuen** Investitionen in Höhe von 1,41 Millionen Euro und einer **planmäßigen Tilgung der Kredite** in Höhe von 300.000 Euro.

Betrachtet man sich den **Schuldenstand**, den wir – Stand heute – zum 31. Dezember 2026 erwarten, dann liegt er bei

9,814 Millionen Euro. Dies entspricht einer **Pro-Kopf-Verschuldung** von etwa 1.058 Euro. Zum Vergleich: Das ist etwa ein Viertel weniger als wir ursprünglich schon für 2025 geplant hatten. Auch das ist aus meiner Sicht eine gute Nachricht.

Folie 6 – Schuldenentwicklung

Will man die Schuldenentwicklung allerdings vernünftig einordnen, ist es erforderlich, auf den Jahresverlauf zu schauen, den sie selbstverständlich auch im Vorbericht des Haushaltsplans vorfinden.

Demnach entwickelten sich die Schulden seit 2018 zunächst beinahe kontinuierlich nach unten, bevor es in den vergangenen zwei Jahren sprungartig durch die sprichwörtliche Decke ging. Sieht man nur diese Grafik und hätte nicht das entsprechende Wissen, wie diese Entwicklung zustande kam, wäre das tatsächlich ein kritisierbares Bild. Rechnet man allerdings dagegen, dass wir **in den vergangenen drei Jahren 14,75 Millionen Euro** investiert und damit Vermögen geschaffen haben, kann man deutlich positiver auf diese Zahlen blicken.

Der sprunghafte Anstieg der Verbindlichkeiten von 2025 auf 2026 ist tatsächlich auch der größten Einzelinvestition Alsbach-Hähnleins in den letzten 15 Jahren geschuldet – dem mittlerweile begonnenen **Abriss und Neubau der Ev. Kita Regenbogen** in Hähnlein.

Im Haushalt wurden von Ihnen dafür Mittel in Höhe von 4,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt – und ich glaube, dass wir uns am Ende einig sein dürften, dass dies gut investiertes Geld ist.

Doch nicht nur die Modernisierung und der Ausbau unseres Kinderbetreuungsangebots im „Regenbogen“ oder der kurz vor der Fertigstellung stehende Anbau an die Ev. Kita „Arche Noah“ sind derzeit laufende finanzintensive Maßnahmen.

Auch die Sanierung der Feuerwehr ist leider kein Schnäppchen, sondern mit zwei Millionen Euro der Gesamtinvestitionssumme von 2,8 Millionen Euro (inkl. Atemschutzwerkstatt) kreditfinanziert.

Allerdings reden wir hier über einen wesentlichen Baustein der Daseinsfürsorge, für den in der Vergangenheit TÜV-seitig Mängel dokumentiert wurden, die nicht mehr ignoriert werden konnten. Und ich glaube, dass sich unsere Einsatzabteilung in Alsbach auf ein schickes neues Arbeitsumfeld freuen darf, das wir hoffentlich in den nächsten Wochen offiziell übergeben können.

Folie 7 – Die gute Nachricht

Bei Investitionen in solcher Höhe sollte man meinen, dass die Bürgerinnen und Bürger gedanklich schon einmal bei der Grundsteuererhöhung sind oder Gewerbetreibende vorsichtig fragen, ob sich denn an der Gewerbesteuer etwas in eine ungünstige Richtung entwickelt.

Doch die gute Nachricht ist: **Für 2026 müssen wir weder die Hebesätze der Grundsteuer A und B anpassen noch die Gewerbesteuer erhöhen.** Möglich machen dies die positiven Jahresabschlüsse in den Jahren 2024 und 2025 sowie ein allgemein sparsames Wirtschaften.

Es gehört selbstverständlich zum politischen Geschäft dazu, dass von manchen im Ort auch mal kolportiert wird, an der ein oder anderen Stelle würde in Alsbach-Hähnlein unnötig „Geld versenkt“.

Doch ich selbst bin der Überzeugung, dass wir verantwortungsvoll mit den Steuergeldern unserer Bürgerinnen und Bürger umgehen – und dabei weder auf einer konjunktur-abwürgenden Bremse stehen noch den Geldbeutel allzu leicht aufmachen.

All das zusammen genommen bringt uns die erhoffte **Stabilität bei der Grund- und Gewerbesteuer**, die im Ergebnis dazu führt, dass Alsbach-Hähnlein mit 575 Prozent weiterhin die niedrigsten Grundsteuerhebesätze verglichen mit Kommunen ähnlicher Struktur in unserer Umgebung hat.

Trotzdem werden wir nach aktuellem Stand nicht dauerhaft davon verschont bleiben, uns mit der Grundsteuer zu befassen. **Aktuell kalkulieren wir für die Grundsteuer B in der mittelfristigen Haushaltsprognose für 2027 mit einem Wert von 740 Prozent.** Und auch wenn dieser Wert dann immer noch eine Basis darstellen würde, die sich viele Kommunen um

uns herum wünschen: **Es sollte unser gemeinsames Ziel sein, darunter zu bleiben.**

Und wenn man gleichzeitig berücksichtigt, dass wir in der jüngeren Vergangenheit im Haushalt oft besser abgeschlossen haben als zu Beginn des Jahres prognostiziert, dürfen wir sicher auch hoffen, vor den Haushaltsberatungen für 2027 wieder etwas Luft zu gewinnen, um eine Grundsteuererhöhung zumindest in ihrer Höhe noch einmal neu zu bewerten.

Folie 8 – Entlastungen

Über einige Entlastungen können wir aber heute schon sprechen. So haben wir in diesem Jahr bereits **Preisverhandlungen mit unserem Energielieferanten** geführt. Im Ergebnis führen sie dazu, dass wir seit Oktober 2025 für unsere kommunale Liegenschaften **günstigere Tarife für Strom und Gas** abschließen konnten.

Auch stand zuletzt die **Neukalkulation der Abwassergebühren** an. Da Gebührenhaushalte in sich ausgeglichen sein müssen, führt dies dazu, dass eine Senkung der Gebühren für Abwasser und versiegelte Flächen zumindest die jüngsten Mehrkosten bei den Frischwassergebühren kompensiert. In Kombination werden so die Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle zumindest nicht stärker belastet.

Auch unsere **Personalkosten** haben wir derzeit gut im Griff – und das obwohl wir aufgrund von Tarifverhandlungen nur

bedingt Einfluss auf die finanziellen Rahmenbedingungen haben.

Trotz neuer Tarifabschlüsse ist es uns gelungen, die Personalkosten stabil zu halten – insbesondere da wir Stellen nach dem Ausscheiden von Mitarbeitern beziehungsweise in deren Freistellungsphase nicht mehr „überlappend“ besetzt haben.

Dies hat zwar den Nachteil, dass sich Arbeitsplatzübergaben manches Mal etwas herausfordernder gestaltet haben als es idealtypisch der Fall wäre. Aber im Sinne der Haushaltsoptimierung hilft es uns natürlich. Hinzu kommt, dass die vorhandenen Herausforderungen in der Nachbesetzung von offenen Stellen unsere absoluten Lohnkosten zuletzt etwas entspannt haben.

Folie 9 – Wichtige Aufwandspositionen im Ergebnishaushalt

Dennoch schnüren die Aufwandspositionen im Ergebnishaushalt natürlich wieder ein enges Korsett, das uns den **finanziellen Spielraum** naturgemäß und wie jedes Jahr aufs Neue einschränkt.

So planen wir für 2026 mit einer **Kreisumlage** von 5,884 Millionen Euro, die Belastung durch die **Schulumlage** beläuft sich auf 3,479 Millionen Euro. Die Höhe der **Personal- und Versorgungsaufwendungen** beläuft sich auf 5,891 Millionen Euro und bei den **Sach- und Dienstleistungen** haben wir – zumindest gerundet – dieses Mal eine Schnapszahl getroffen

und rechnen mit 3,333 Millionen Euro. Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse belaufen sich auf 2,679 Millionen Euro, die Höhe der Abschreibungen liegt bei 1,779 Millionen Euro.

In Summe bringt es der Haushaltsentwurf 2026 damit auf **Gesamtaufwendungen im Ergebnishaushalt in Höhe von 26,7 Millionen Euro**.

Folie 10 – Wichtige Ertragspositionen im Ergebnishaushalt

Diesem Aufwand stehen natürlich auch wichtige Einnahmen gegenüber. So rechnen wir für 2026 mit einem **Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer** in Höhe von 8,060 Millionen Euro, der **Anteil an der Umsatzsteuer** soll sich nach den jüngsten Orientierungsdaten auf 795.000 Euro belaufen.

Wie bereits eingangs erwähnt, planen wir bei der **Gewerbesteuer** erneut sehr verantwortungsbewusst und kalkulieren mit 5,75 Millionen Euro. Das entspricht unserem Ansatz für 2025, womit wir hier etwas zurückhaltender sind als ursprünglich angekündigt. Gleichzeitig dürften sich die **Grundsteuereinnahmen** auf etwa 1,95 Millionen Euro belaufen, die **Zuweisungen von Bund und Land** auf etwa 2,1 Millionen Euro.

Aufsummiert ergeben sich damit **Gesamterträge im Ergebnishaushalt in Höhe von 24,7 Millionen Euro**.

Folie 11 – Größere bauliche Maßnahmen

Diese Zahlen sind die Grundlage, um nach dem Haushaltsbeschluss einige wichtige **bauliche Maßnahmen** auf die Zielgerade zu bringen – ähnlich wie es uns im zurückliegenden Jahr mit dem Funktionsgebäude auf dem Hähnleiner Sportgelände gelungen ist.

Aktuell arbeitet unser Bauamt intensiv daran, dass der Anbau der **Ev. Kita „Arche Noah“** offiziell übergeben werden kann.

Dabei standen wir leider zuletzt vor der Herausforderung, dass die Kommunikation mit dem beauftragten Generalunternehmer sich als zunehmend schwierig erwies. Einige Arbeiten wurden nicht vollständig ausgeführt und andere entsprachen nicht dem Qualitätsstandard, den wir ausgeschrieben haben und entsprechend auch verlangen.

Hinzu kam bauseits der krankheitsbedingte Ausfall eines Bauleiters, der nicht zu planen war, uns insgesamt aber auch etwas zurückgeworfen hat.

Immerhin fand gestern an der Ev. Kita „Arche Noah“ eine Bauabnahme des Ist-Zustandes statt, um uns die Möglichkeit zu eröffnen, die vorhandenen Mängel im Rahmen einer Ersatzvornahme beheben zu lassen. Ich halte sie über den weiteren Prozess regelmäßig im Bericht des Gemeindevorstands – analog zu heute – auf dem laufenden.

Neben dem Anbau der Ev. Kita „Arche Noah“ werden wir im kommenden Jahr dann auch das sanierte und erweiterte

Feuerwehrhaus übergeben, die Entwicklung des Tretbeckens am „**Sperbergrund**“ zur Naherholungsanlage abschließen und natürlich auch unser „Groß-Projekt“, den Neubau der **Kita „Regenbogen“**, voraussichtlich zu Beginn des Kita-Jahres 2026/27 an die Evangelische Kirche als Träger übergeben.

Folie 12 – 220.000 Euro für unsere Straßen

Doch nicht immer, wenn wir an wichtigen Stellen Geld ausgeben, wird gleich sichtbar in die Höhe gebaut. Manches Mal ist es mehr als angebracht, in unser Fundament zu investieren.

Sie sehen es bereits in der Präsentation. Die Rede ist von unseren **Straßen**, für die wir uns vor etwas mehr als einem Jahr gemeinsam vorgenommen haben, kontinuierlich in deren Erhalt zu investieren und die sanierungsbedürftigsten – wie etwa die Gartenstraße – in den kommenden Jahren grundhaft anzugehen.

Dass dieser Plan **erste Früchte** trägt, ist an einigen Reparaturmaßnahmen zu sehen, die in 2025 bereits erfolgt sind.

So haben wir in **Alsbach** im Bereich der Hochstraße / Im Kießling einen Asphaltaufbruch repariert, ähnlich wie im Bereich Hochstraße / Marienruhweg oder in der Hauptstraße. In der Tannenburgstraße gab es neben mehreren Asphaltaufbrüchen auch Schäden am Sinkkasten und an einem Schachtdeckel. Auch diese Probleme wurden beseitigt.

In **Hähnlein** – sie sehen es in der Tabelle – gab es ähnliche Reparaturen im Bereich „Rodacker / Ringweg“. Pflasterschäden und Schäden an den Sinkkästen wurden „Im Wiesengrund / Platanenweg“ behoben, im Bereich „Rodacker / K66“ ging es sogar um die Korrektur einer Absenkung der Straße inklusive des Radwegs.

Insbesondere Asphaltaufbrüche waren dann wieder Thema in der **Sandwiese** – namentlich im Bereich „Sandwiesenstraße“ und „Am Eichwald“ sowie „Erlenweg / Kiefernweg“ und in der Hähnleiner Straße.

Noch ist das Jahr nicht zu Ende und insofern haben wir für 2025 weitere Arbeiten bereits beauftragt – im Bereich der Kirchstraße, Einfahrt Brückenweg, im Bereich Jugenheimer Straße / Ernst-Pasqué-Straße sowie in der Odenwaldstraße.

Folie 13 – Projekte & Themen, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen

Straßen sind dabei ein gutes Stichwort für ein Thema, das uns auch in den nächsten Jahren begleiten wird. Insofern haben wir folgerichtig für 2026 wieder Mittel in Höhe von 220.000 Euro eingeplant. Gelder, die vor allem dort investiert werden sollen, wo wir durch überschaubare Reparaturen eine grundhafte Sanierung in weitere Ferne rücken lassen können.

Wie wir mit jener geringen Zahl an Straßen umgehen, die sich in unserer „Ampel-Logik“ im roten Bereich befinden und damit grundhaft saniert werden müssen? Dazu komme ich gleich.

Lassen Sie mich zunächst aber noch einmal ausführen, welche weiteren Themen uns abseits der Investitionen in unsere Straßen und der Fertigstellung begonnener Bauprojekte ab 2026 bewegen werden.

So ist es aus unserer Sicht dringend geboten, in sehr absehbarer Zeit in unseren **Kita-Standort in der Sandwiese** zu investieren. Hier wurden dank des noch recht jungen Anbaus, den wir vor etwa zwei Jahren eingeweiht haben, zwar zusätzliche Kapazitäten für die Kinder geschaffen. Die Situation für das Personal ist aber noch deutlich verbesserungsfähig.

So stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zahlenmäßig durchaus mit der Gemeindevertretung zu vergleichen sind, lediglich etwa 10 Quadratmeter als Pausenraum zu Verfügung. Kurzum: Die Verhältnisse sind hier eindeutig zu beengt, um dieses Thema noch auf die lange Bank zu schieben.

Deshalb sollten wir nächstes Jahr zumindest die Planung vorantreiben, wie wir diese Situation für das Personal verbessern, um in der Folge dann auch in die bauliche Umsetzung zu gehen.

Gleichzeitig stehen wir in den nächsten Jahren vor der Herausforderung, dass gleich **mehrere Fahrzeuge unserer Feuerwehr** so in die Jahre gekommen sind, dass wir schon

heute vorausschauend planen müssen, wann der jeweilige Austausch tatsächlich erfolgt.

Und grundsätzlich belegt die vor wenigen Folien gezeigte Schuldenentwicklung, dass wir uns in 2026 und darüber hinaus auch um den **planmäßigen Abbau von Verbindlichkeiten** kümmern werden.

Folie 14 – Chancen durch das „Sondervermögen Infrastruktur“

Das Potenzial dazu haben wir aus unserer Sicht schon heute im Haushaltsentwurf 2026 angelegt. Darüber hinaus hilft es, dass sich unsere Bundesregierung darauf verständigt hat, mit der **Konjunkturinitiative „Sondervermögen Infrastruktur“** einen Energieschub in die deutsche Wirtschaft zu geben, der über die Länder an die Landkreise und Kommunen weitergereicht wird.

Zwar sind in der Abwicklung der Details und auch in der konkreten Zuweisungssumme, die Alsbach-Hähnlein erhält, noch Fragen offen. Doch viele wichtige Fakten kennen wir seit der vergangenen Woche, in der sich Landesregierung und Kommunale Spitzenverbände gemeinsam dazu geäußert haben, wie die Mittel nach dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturierungsgesetz (LuKIFG) im Verhältnis zwischen Land und Kommunen verteilt werden.

Zur Ausgangslage: Wie Sie wahrscheinlich mitbekommen haben, hat die Bundesregierung mit dem Sondervermögen für

Infrastruktur und Klimaneutralität ein 100 Milliarden schweres **Investitionspaket** beschlossen, das über zwölf Jahre auf die 16 Bundesländer und die Kommunen ausgeschüttet werden soll.

Aus diesem Programm, das in einer solchen Höhe durchaus einmalig ist, wird das Land Hessen 7,4 Milliarden Euro erhalten. Mittlerweile haben sich die Verantwortungsträger festgelegt, dass davon 4,7 Milliarden Euro an die hessischen Kommunen gehen sollen, womit Alsbach-Hähnlein nach unserer Schätzung für zwölf Jahre mit **zusätzlichen Einnahmen in Höhe von jährlich 250.000 bis 350.000 Euro** rechnen darf.

In Summe könnte das zu einer finanziellen Entlastung unserer Gemeinde in Höhe von etwa 4 Millionen Euro führen, die zwar gestaffelt bei uns ankommt, aber durchaus in einem breiten Feld investiert werden darf.

Hinzu kommt, dass das Land 950 Millionen Euro nutzen will, um sie in unsere Kliniklandschaft zu investieren. Da auch die Krankenhäuser im Landkreis wie an vielen Stellen zuschussabhängig sind und sie deshalb über die Kreisumlage auch von den Kommunen gestützt werden, hilft uns mittelfristig jeder Euro, der direkt durch das Land in unsere Hospitäler fließt.

Mögliche Einsatzzwecke für die direkt an uns transferierten Mittel sind etwa die **Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur**, der Wohnungs- und Städtebau, Digitales, Gesundheit & Pflege, Bildung und Betreuung oder auch technische Infrastruktur.

Wir als Verwaltung schlagen vor, das Geld an jenen Stellen zu investieren, wo wir uns inhaltlich bereits verständigt haben. Die Rede ist zum Beispiel von der Sanierung unseres Straßennetzes.

Zur Erinnerung: Die Erhebung der Firma KC Becker im Jahr 2024 brachte das Ergebnis, dass sich von jenen knapp 40 Kilometern Straße, die im Eigentum der Gemeinde sind, immerhin 1,6 Prozent in einem Zustand befinden, deren Unterhaltung wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll ist. Dazu zählt etwa die Gartenstraße, die grundhaft saniert werden muss.

Mit der – ebenfalls im vergangenen Jahr – beschlossenen Abschaffung der Straßenbeiträge in Alsbach-Hähnlein haben wir uns gleichzeitig darauf verständigt, grundhafte Sanierungen in unserem Ort über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren.

Wenn wir nun also das in den nächsten zwölf Jahren erwartbare Geld aus dem „Sondervermögen Infrastruktur“ genau für jenen Zweck einsetzen, der schon im Namen steckt, **dann entlasten wir jede Bürgerin und jeden Bürger von Alsbach-Hähnlein** und haben gleichzeitig die Chance, Grundsteueranpassungen später oder zumindest weniger intensiv vornehmen zu müssen.

Deshalb plädieren wir als Verwaltung dafür, mit dem Eintreffen der ersten Gelder aus dem Sondervermögen nicht in eine „Wünsch-Dir-Was“-Logik abzugleiten, sondern zunächst an die **Pflichtaufgaben** zu gehen und deren

Abrechnung zur Grundlage zu nehmen, finanziellen Spielraum für einen späteren Zeitpunkt zu schaffen.

Lassen Sie mich ganz allgemein aber aufgrund dieser finanziellen Entlastung, die uns der Bund und das Land hier in Aussicht stellt, aber auch einmal dafür werben, die positive Kraft, die in Deutschland steckt, wieder mehr in den Fokus zu nehmen. Und schlichtweg auch einfach einmal „Danke“ an Bund und Land zu sagen.

Zu oft wird aus meiner Sicht in der jüngeren Zeit geklagt, dass in Deutschland zunehmend wenige gelinge und wir als Nation auf dem absteigenden Ast sitzen würden. Verstehen Sie mich nicht falsch: Natürlich sind die wirtschaftlichen Rahmendaten, die ich eingangs erwähnt habe, nicht wegzudiskutieren.

Aber bei aller berechtigten Sorge über die Zukunft: Lassen Sie uns nicht vergessen, dass Deutschland nach wie vor zu den stärksten, stabilsten und innovativsten Volkswirtschaften der Welt gehört – mit dem Rhein-Main-Gebiet als beinahe optimal gelegenem Zentrum global vernetzter Handelsketten.

In den vergangenen Monaten war viel von Stillstand die Rede, von Rezession, teilweise sogar von Abwanderung oder der „kranken Wirtschaft Europas“. Solche Schlagzeilen sind natürlich laut und prägen das öffentliche Bild. Doch sie zeichnen bestenfalls einen Ausschnitt, aber nicht die ganze Wahrheit.

Wir dürfen unsere **Stärken** als Deutschland – und auch unsere Stärke als Gemeinde Alsbach-Hähnlein – nicht kleinreden. Wir

sind nach wie vor Exportland, das in nahezu jedem Technologiebereich – von Maschinenbau bis Chemie, von Medizintechnik bis Fahrzeugbau – mitmischen kann, teilweise Weltspitze ist. „Made in Germany“ ist immer noch Qualitätssiegel und das ist kein Zufall, sondern jahrzehntelange Innovationskraft.

Wenn wir jetzt noch die Fähigkeit neu entdecken, als Gesellschaft wieder verständnisvoller miteinander umzugehen, ohne die eigene Meinung zur absoluten zu erheben, dann sehe ich auch in unserem kleinen Alsbach-Hähnlein viele gute Gründe, positiv in die Zukunft zu blicken.

Vor diesem Hintergrund sollten wir auch unseren kommunalen Haushalt verstehen: nicht als Mangelverwaltung, sondern als **Gestaltungsinstrument**. Wir investieren nicht trotz schwieriger Zeit, sondern gerade wegen dieser Zeit. Weil wir überzeugt sind, dass Handeln Fortschritt stärker befeuern kann als tatenloses Abwarten.

Folie 15 – Eine gute Grundlage für die Zukunft

Lassen Sie mich deshalb zum Ende meiner Haushaltsrede auch noch einmal die positiven Nachrichten für Alsbach-Hähnlein zusammenfassen, die uns trotz aller Herausforderungen in diesen Haushaltsberatungen begleiten können:

- Wir müssen in 2026 keine Steuern erhöhen.
- Wir schließen im kommenden Jahr wichtige Bau-Projekte ab.

- Wir investieren in unsere Straßen.
- Wir investieren weiter in unsere Kinderbetreuung und Familienfreundlichkeit vor Ort.
- Wir unterstützen ein leistungsstarkes Gewerbe in Alsbach-Hähnlein, ohne dass wir viele Annehmlichkeiten nicht bezahlen könnten.

In Summe kann ich also im Brustton der Überzeugung sagen: **Wir bleiben eine liebens- und lebenswerte Gemeinde.**

Abschließend bleibt mir nur noch, mich einmal mehr bei unserer Finanzverwaltung zu bedanken – insbesondere bei Fachbereichsleiterin **Irene Neumann** sowie ihrem Stellvertreter **Jens Pfeiffer**. Es geht nicht „nur“ (und das „nur“ setze ich ausdrücklich in Anführungszeichen) darum, Jahr für Jahr einen Haushaltsplan zu entwerfen.

Sondern es geht hier auch um eine kontinuierlich aufgebaute Kompetenz, alle Zahlen und Zusammenhänge eines Haushalts im Blick zu behalten.

Im Ergebnis lege ich Ihnen hiermit nicht nur die 340 Seiten unseres Etatentwurfs 2026 ans Herz, sondern bedanke mich auch dafür, dass Frau Neumann und Herr Pfeiffer den Fraktionen wieder für Fragen beratend zur Seite stehen werden.

Nach meinem Kenntnisstand haben Sie größtenteils ja bereits Termine vereinbart, zu denen die beiden in Ihren Fraktionssitzungen möglichst alle Unklarheiten beseitigen.

Nun noch vielen Dank, dass Sie mir so lange zugehört haben und um es noch einmal zu sagen: Ich wünsche uns gute und konstruktive Beratungen und eine verantwortungsvolle Beschlussfassung.